

## 2 Integration zwischen Steuerungsillusionen und Moralzumutungen

In der Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung kommt die Hoffnung auf eine Re-Integration der sich in ihren expansiven Tendenzen selbst gefährdenden modernen Gesellschaft zum Ausdruck. Damit arbeitet sich das Konzept der Nachhaltigkeit in den letzten Jahren langsam in das Zentrum des sozialwissenschaftlichen Interesses vor. Es kleidet die Frage gesellschaftlicher Integration in ein neues Gewand, aktualisiert sie vor dem Hintergrund der Globalisierung und versieht sie mit neuen Begriffen. Es tut dies so erfolgreich, dass man „[...] sogar den Eindruck bekommen [kann], dass die Integrationsproblematik heute [...] wieder eine ähnliche Bedeutung gewonnen hat, wie zur Blütezeit der Theorien vom Gesellschaftsvertrag im 17. Jahrhundert und der ersten genuin soziologischen Durchdringung des Themas durch Émile Durkheim am Ende des 19. Jahrhunderts“ (LANGE/SCHIMANK 2004: 11). Nachhaltigkeit als die reformulierte gesellschaftliche Integrationsherausforderung resultiert dabei heute aus denselben Ursprüngen wie damals. Es sind die gleichen Dynamiken gesellschaftlicher Evolution, die seit Jahrhunderten die Frage der Integration als sozialwissenschaftlichen Topos aufrecht erhalten: War es für Thomas Hobbes oder John Locke zunächst noch der Verlust einer religiös bestimmten Sozialordnung, der die gesellschaftliche Integration prekär werden ließ, konstatierten die „Integrationstheorien“ von Max Weber oder Émile Durkheim bereits einen „Polytheismus der Wertsphären“ (WEBER 2002 [1919]) und eine zunehmende gesellschaftliche Arbeitsteilung (DURKHEIM 2004 [1893]). Es sind im Wesentlichen diese Pluralisierung und Differenzierung von Werte- und Sozialsystemen, begleitet von einer Vervielfältigung und Radikalisierung gesellschaftlicher Rationalitäten, die bis heute die Gesellschaft vor immer neue Integrationsaufgaben gestellt haben.

Zugleich hat die Beschleunigung und Intensivierung dieser Dynamiken dazu geführt, dass die Anforderungen und Formen der Integration immer voraussetzungsvoller geworden sind: Bis in die 1970er Jahre ist Integration vor allem eine zweidimensionale Angelegenheit von Sozial- und Systemintegration.<sup>5</sup> Die Politik und der

---

<sup>5</sup> Lockwood (1969) hat die Unterscheidung zwischen Sozial- und Systemintegration eingeführt. Während Sozialintegration die Integration des Individuums als Mitglied in die Gesellschaft meint, bezeichnet Systemintegration die Notwendigkeit, eigenlogisch operierende, gesellschaftliche Funktionssysteme miteinander so zu integrieren, dass sie sich wechselseitig  
(Fortsetzung auf S. 18)

Staat als ihr organisiertes Zentrum sind letztverantwortlich für sie zuständig. Diese mehr oder weniger erfolgreiche Konstellation gerät spätestens seit den 1980er Jahren von zwei Seiten unter Druck: Einerseits schiebt sich mit der Forderung nach einer ökologischen Integration zunehmend die Frage nach der gesellschaftlichen Reproduktionsfähigkeit innerhalb gegebener natürlicher Grenzen als dritte Dimension in den Vordergrund (SCHIMANK 2000a). Andererseits nehmen die Integrationskapazitäten des Nationalstaates umso mehr ab, je globaler die Gestalt sozialer Kontexte wird. Integration soll zunehmend jenseits national verfasster politischer Systeme hergestellt werden. Der Nachhaltigkeitsbegriff nimmt all diese Facetten auf und wird so zum „weltgesellschaftlichen Integrationskonzept der zweiten Moderne“ (BECK/GRANDE 2004). Er thematisiert gleichermaßen die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft (ökologische Integration), wie zwischen Individuum und Gesellschaft (Sozialintegration) oder den sozialen Teilsystemen untereinander (Systemintegration). Darüber hinaus arbeitet er sich an der Integration unterschiedlicher Zeitperspektiven ab: Kurzfristige Entscheidungen soll er an ihren langfristigen Wirkungen ausrichten. In der Nachhaltigkeitsdebatte wird diese Mehrdimensionalität oft ignoriert und auf Teilaspekte reduziert: Anscheinend ruft die überwältigende Forderung nach einem so umfassenden Integrationszustand Kapitulationstendenzen hervor. Denn die Hoffnung auf eine weltgesellschaftliche Integration durch Nachhaltigkeit wirft in der Tat die Frage auf, wie ein solcher Zustand erreicht werden kann. Kann er überhaupt erreicht werden?

Über die Wünschbarkeit nachhaltiger Entwicklung wird nicht debattiert, kaum eine andere Idee ist heute weltweit so unumstritten wie der Nachhaltigkeitsgedanke. Was gleichwohl genau darunter verstanden wird, wie weit eine Integration durch Nachhaltigkeit gehen soll und auf welchem Weg diese zu erreichen ist, bleibt kontrovers. Mit der zunehmenden Zahl von Veröffentlichungen werden diese Unsicherheiten nicht etwa abgebaut, sondern nehmen zu. Auch hierin fügt sich die Nachhaltigkeitsdebatte nahtlos in die Integrationsforschung ein:

„Je intensiver sich die [...] Gesellschaftstheorie um das Integrationsproblem kümmert, umso mehr scheint es ihr an einem klaren analytischen Verständnis des Problems zu mangeln. Denn je nach dem ob gesellschaftliche Integration im Rahmen von Theorien funktionaler Differenzierung, Individualisierungstheorien, Rational-Choice-Theorien oder Diagnosen des Werteverfalls und der Normenerosion abgehandelt wird, verschieben sich die Definitionen und Bedeutungshorizonte. [...] Erkennbar weist der Begriff starke norma-

---

<sup>5</sup> (Fortsetzung) nicht gefährden. Waren die frühen Vertragstheoretiker noch mit der Frage nach der Integration der Gesellschaftsmitglieder durch den Gesellschaftsvertrag befasst (Sozialintegration), kam mit der zunehmenden Ausdifferenzierung sozialer Funktionssysteme die Herausforderung der Systemintegration hinzu, wie sie etwa Max Weber (1980 [1921]), Émile Durkheim (2004 [1893]) oder Talcott Parsons (1996 [1971]) beschäftigte.

tive Konnotationen auf, Integration gilt also als etwas Wünschenswertes; je mehr, desto besser!“ (LANGE/SCHIMANK 2004: 11).

Dasselbe gilt für die Nachhaltigkeitsforschung. Auch hier liegen unzählige theoretische und praktische Ansätze vor, die sich mit der Frage der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung befassen und dieses Ziel moralisch aufladen. Sie werden jedoch fast ausnahmslos aus einer handlungstheoretischen Warte konstruiert und lassen sich als regulative und moralistische Ansätze beschreiben.<sup>6</sup>

Sie legen eine mikro- oder mesosozilogische Perspektive zugrunde und konzentrieren sich auf die Untersuchung von Institutionen und Normen, die ein – wie auch immer definiertes – nachhaltiges soziales Handeln positiv oder negativ beeinflussen. Ihr Ausgangspunkt sind die Interessen, Intentionen und Situationsdefinitionen individueller Akteure. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Strategien von Individuen oder Organisationen, ihre Umwelt im jeweils eigenen Sinn zu verändern. In handlungstheoretischen Ansätzen mit *regulativem* Fokus erscheint Nachhaltigkeit dann als eine vor allem politische Steuerungsaufgabe, die von der Politikwissenschaft in den letzten Jahren unter dem Aspekt der (Global) Governance behandelt wurde. Obwohl gerade dieser Forschungsstrang wesentlich zu der Einsicht beigetragen hat, dass eine nachhaltige Entwicklung komplexer Steuerungsinstrumente bedarf, die sich aus dem gesamten Spektrum zwischen Hierarchie (Etatismus) und Markt (Selbstregulierung) rekrutieren, hat der Großteil regulativer Ansätze den traditionellen politologischen Fokus auf staatliche und zwischenstaatliche politische Institutionen nicht überwinden können. Zudem haben sie eine Vorstellung intentionaler und rationaler Steuerung perpetuiert, die auf die Hervorbringung konkreter, inhaltlich definierter Nachhaltigkeitsziele durch die Koordination von Akteurshandeln vertraut. Gerade dieses Steuerungs- und Nachhaltigkeitsverständnis hat in jüngster Zeit jedoch dazu geführt, dass die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Integration durch Nachhaltigkeit im Zuge politischer Steuerung sehr skeptisch beurteilt und immer öfter in den Bereich der Illusion geschoben wird (u. a. MEYER 2002; ROSENAU 2003).

Wenn Steuerung nicht mehr hilft, stellt sich die Frage nach Alternativen. Die Nachhaltigkeitsdebatte beantwortet diese mit einem vertrauten Reflex: dem Einklagen von Verantwortung. Wenn eine politische Integration durch Steuerung nicht möglich ist, so soll doch wenigstens eine „Ethik der Nachhaltigkeit“ (z. B. PETERSEN/FABER

---

<sup>6</sup> Beide sind gleichwohl kaum voneinander trennscharf zu unterscheiden. Neben dem Plädoyer für bestimmte Steuerungsmuster zeichnen sich regulative Ansätze – insbesondere die Global Governance-Forschung – oft dadurch aus, dass sie sich an bestimmten normativen Steuerungszielen orientieren. Ebenso mischen sich in moralistische Ansätze Fragen der Steuerung, etwa nach der Implementierung von Moral (z. B. Wieland 2001) oder nach Möglichkeiten der Leitbildsteuerung (Brozus et al. 2003, Brand/Fürst 2002). Im Kontext der Nachhaltigkeitsforschung ist diese Verbindung von Moral und Steuerung besonders augenfällig (vgl. Kapitel 2.1).

2001: 59) die Selbstgefährdungen der Moderne eindämmen. Der „organisierten Unverantwortung“ (BECK 1986) sollen verantwortliche Organisationen entgegenwirken. Dieser *moralistische* Strang der Nachhaltigkeitsforschung hat sich zu einem breiten – ebenfalls handlungstheoretisch geführten – Verantwortungsdiskurs in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ausgeweitet, der stets die Aussicht auf eine moralische Re-Integration der Gesellschaft mitschwingen lässt. Obwohl darin in jüngerer Zeit immer häufiger die Verantwortung von Individuen und deren Einfluss als Konsumenten oder Anleger angemahnt werden, beziehen sich die meisten Forderungen auf Organisationen. Sie werden zum Dreh- und Angelpunkt der Nachhaltigkeitsdebatte, denn auch in der steuerungstheoretischen Perspektive erleben Organisationen – insbesondere zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche – eine bemerkenswerte Konjunktur.<sup>7</sup> Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist an Organisationen kein Vorbeikommen mehr – sie sind Teil des Problems und werden zugleich als notwendiger Teil der Lösung wahrgenommen.

In der Tat lässt sich seit etwa einem Jahrzehnt beobachten, wie multinationale Unternehmen fast ausnahmslos Corporate Responsibility-Programme auflegen und damit einer von ihnen moralisch eingeforderten Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung begegnen. Auf nationaler, inter- und transnationaler Ebene sind zugleich Institutionen und Netzwerke entstanden, deren Ziel „mehr Nachhaltigkeit“ ist.<sup>8</sup> Vor diesem Hintergrund scheint der Steuerungspessimismus, der Nachhaltigkeit für viele Beobachter zu einem „illusionären“ Projekt macht, fehl am Platz, und auch die Forderungen nach mehr Verantwortung der Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung scheinen zu fruchten. Beide Standpunkte – die verbreitete Steuerungsskepsis wie auch der Ruf nach Verantwortung – sind Reaktionen auf die zunehmende Komplexität der modernen Gesellschaft; dieselbe Komplexität, die auch zu dem Bedeutungsgewinn von Organisationen geführt hat und aus der auf allen Ebenen des Sozialen eine Zunahme von Handlungsoptionen und Handlungsfolgen, von Unsicherheit und Ambivalenz resultiert.

<sup>7</sup> So lautet der Beginn eines Call for Paper für die Tagung Internationale Beziehungen und Organisationsforschung – Stand und Perspektiven: „Wer wollte bestreiten, dass einer der großen Trends in der internationalen Politik der letzten Jahrzehnte die zunehmende Bedeutung von Organisationen ist? Während die unmittelbare Nachkriegszeit eine Gründungswelle zwischenstaatlicher öffentlicher internationaler Organisationen, den Aufbau des UN-Systems, erlebt hat, drängen in letzter Zeit zunehmend private Organisationen in den Vordergrund: multinationale Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen [...] Die internationale Politik ist zweifelsohne ein hochgradig organisiertes System.“ ([www.mcg.uni-muenchen.de/downloads/int\\_bziehungen\\_org.pdf](http://www.mcg.uni-muenchen.de/downloads/int_bziehungen_org.pdf) [Stand: 23.10.2011])

<sup>8</sup> Beispiele sind der von der deutschen Bundesregierung eingesetzte Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), der von den Vereinten Nationen durchgeführte World Summit on Sustainable Development (WSSD) oder der World Business Council on Sustainable Development (WBCSD).

Diese Komplexität ist mit handlungstheoretischen Ansätzen jedoch kaum zu bewältigen. Sie verengen ihren Fokus auf einzelne Ausschnitte der Gesellschaft und decken darin vermeintliche kausale Zusammenhänge auf, die sich bei genauerer Betrachtung oftmals als unzulässig vereinfachend herausstellen. Sowohl moralistische als auch regulative Ansätze mit einer handlungstheoretischen Präferenz greifen im Kontext von Nachhaltigkeit und Corporate Responsibility zu kurz. Denn „[d]ie meisten Probleme, für deren Lösung jetzt ‚Verantwortung‘ gefordert wird, beziehen sich auf Organisationen, [...] denen mit moralischen Zumutungen kaum beizukommen ist“ (KAUFMANN 1992: 7). Nur weil Organisationen Verantwortung zugeschrieben wird, heißt das noch nicht, dass sie diese Verantwortung auch tatsächlich übernehmen. „Man sieht [...] rasch, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Wie soll, wenn nicht Kalkül, dann Ethik, wenn nicht Rationalität, dann Verantwortung helfen?“ (LUHMANN 1993: 329) Und welche Erfolgsaussichten hat in der „hyperkomplexen“ Gesellschaft (LUHMANN 2004: 159) ein Steuerungsverständnis, das die Ziele „nachhaltiger“ Regulierungsbemühungen eindeutig zu bestimmen versucht und davon ausgeht, diese durch intentionale Steuerung auch erreichen zu können?

Die beiden folgenden Unterkapitel zeigen, dass der *handlungstheoretisch* geprägte Stand der Forschung der Komplexität und Ambivalenz der Moderne nur unzureichend Rechnung trägt. Sie suchen zudem nach möglichen Anknüpfungspunkten, die anschließend genutzt werden können, um zu einer systemtheoretischen Betrachtung von Nachhaltigkeit und Corporate Responsibility zu gelangen. Diese Umstellung in der Theorieanlage hat weitreichende Konsequenzen, denn sie fordert traditionelle Steuerungs- und Souveränitätsvorstellungen ebenso heraus, wie sie die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer moralischen Integration der Gesellschaft in Frage stellt. Dabei bestreitet die vorliegende Arbeit die Notwendigkeit von Steuerung und Moral ebensowenig wie die Existenz und die realen gesellschaftlichen Folgewirkungen eines globalen Verantwortungsdiskurses. Sie betrachtet sie lediglich aus einer anderen, einer funktionalen Perspektive, um zu einer insgesamt distanzierteren Betrachtung von Fragen der Nachhaltigkeit und Corporate Responsibility zu gelangen.

## 2.1 Nachhaltigkeit und die Illusion politischer Steuerung

Im Mainstream der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung<sup>9</sup> vermengen sich moralistische und regulative Ansätze zu einer einzigen Methode. *Normativ* be-

---

<sup>9</sup> Nachhaltigkeitsforschung firmiert in Deutschland auch unter der Bezeichnung „sozial-ökologische Forschung“ (SÖF). Im Folgenden werden die Arbeiten der SÖF unter dem Begriff der Nachhaltigkeitsforschung subsumiert.

müht sie sich um die Klärung und Bewertung der Ziele nachhaltiger Entwicklung, um sich darauf aufbauend *operativ* mit den praktischen Handlungsbedingungen und -strategien zur Erreichung dieser Ziele zu befassen. So nimmt denn auch die Politikwissenschaft heute ihre Rolle innerhalb der Nachhaltigkeitsforschung wahr. Ihr geht es primär um die Identifikation von Steuerungsinstrumenten und -konzepten, eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen:

“Sustainable development as a highly normative, yet extremely vague concept inescapably calls for a debate on how and with whom it can be achieved. It raises issues of governance and political steering. [...] The conceptual struggle with sustainable development indicates a challenge not only for practical politics, but for the social and political sciences as well.” (NEWIG et. al. 2007: 186f.)<sup>10</sup>

Die Wahrnehmung, dass im Kontext von Nachhaltigkeit und ihrer Steuerung auch der Wissenschaft eine wichtige Rolle zufällt, ist dabei noch recht jung.<sup>11</sup> Denn die beispiellose politische Erfolgsgeschichte des Nachhaltigkeitskonzepts hat im akademischen Betrieb bisher wenig Entsprechung gefunden. Nachhaltigkeit ist vielmehr ein politisches als ein wissenschaftliches Projekt gewesen. Obwohl durch die Politik bereits 1992 mit der Agenda 21 ein globaler Steuerungsprozess für eine nachhaltige Entwicklung angestoßen worden ist, hat die Forschung erst spät darauf reagiert. Im Gegensatz zu internationalen Organisationen und nationalen Regierungen, die das Thema nach 1992 mit einer enormen Schnelligkeit aufgegriffen und in nahezu allen Politikfeldern politisch-administrativ etabliert haben, tun sich die Sozialwissenschaften bis heute schwer damit (LANGE 2008). Zwar ist „Nachhaltigkeit“ mittlerweile auch hier angekommen. Maßgeblich dafür waren aber vor allem politische Impulse. Die zu beobachtende Verquickung normativer und regulativer Ansätze in der politikwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung lässt sich als das Ergebnis eines vor allem politisch-praktischen Erkenntnisinteresses verstehen.

Die ersten sozialwissenschaftlichen Annäherungen an das Nachhaltigkeitskonzept resultierten aus Versuchen der Politik, sich selbst der Bedeutung der durch die

<sup>10</sup> Vergleichbare Ausgangspunkte lassen sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur viele mehr finden. Stellvertretend seien hier nur noch *Brand* und *Fürst* zitiert, die den Versuch, Nachhaltigkeit voranzubringen, aus einer soziologischen Perspektive so begründen: „Er ist nicht nur moralisch geboten, sondern stellt auch kognitive und institutionelle Weichen in eine Richtung, die einen radikaleren Kurswechsel ermöglichen [...] Hier schließt sich eine [...] *steuerungstheoretische Frage* an: Inwieweit kann es überhaupt gelingen, durch neue institutionelle Arrangements, durch neue Formen der ‚governance‘, die Entwicklung der Weltgesellschaft gezielt in Richtung Nachhaltigkeit voran zu treiben?“ (*Brand/Fürst* 2002: 30f., Hervorh. i. O.)

<sup>11</sup> Zur Bedeutung der Wissenschaft für die Umsetzung von Nachhaltigkeit vgl. *Bechmann/Grunwald* (2002).

Agenda 21 übernommenen Aufgabe zu vergewissern.<sup>12</sup> Um erste konzeptionelle Vorstellungen über eine „Politik der Nachhaltigkeit“ zu gewinnen, beauftragte der Deutsche Bundestag 1995 die Enquêtekommision zum Schutz des Menschen und der Umwelt, Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung zu untersuchen (DEUTSCHER BUNDESTAG 1998). Während die Nachhaltigkeitsdiskussion von Beginn an relativ systematisch von der *naturwissenschaftlichen* Forschung begleitet worden war, setzten *sozialwissenschaftliche* Untersuchungen erst vor dem Hintergrund dieser politischen Bemühungen ein. Erste originär gesellschaftstheoretische Versuche im Kontext von Nachhaltigkeit (BRAND 1997) standen dabei noch in der Tradition der Umweltsoziologie, die sich vor allem auf Fragen der „ökologischen Modernisierung“ (HUBER 1995) konzentrierte und bis heute in dem „umweltpolitischen Bias“ (BRAND/FÜRST 2002: 42) der Nachhaltigkeitsforschung nachwirkt. Anfang der 1990er Jahre wurden dann mit dem Ziel, politisch verfolgbare Nachhaltigkeitsindikatoren und -strategien zu definieren, spezielle Förderprogramme aufgelegt, die nachhaltigkeitspolitisch relevante Fragestellungen aus trans- und interdisziplinärer Perspektive bearbeiten sollten. Erklärtes Ziel dieser Programme ist es bis heute, Strategien zur Lösung gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsprobleme zu entwickeln und die deutsche Regierung bei der Erarbeitung und Umsetzung der nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten.<sup>13</sup> Für die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung in Deutschland hatte diese Nähe zur Politik vor allem eine Folge: Sie ist zur politisch motivierten Leitbildforschung geworden:

„Mit dem Aufstieg des Nachhaltigkeitsthemas tritt die Metapher des Leitbilds stärker in den Vordergrund der Hoffnungen. Mit der Losung ‚Vom Leitbild zur Umsetzung‘ hatte die Enquêtekommision diese Option in der politischen Arena platziert. BMBF und Umweltbundesamt haben sie aufgenommen und zu einer politischen Vorgabe für ihren Wirkungskreis gemacht, nicht zuletzt in der Förderung sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeitsforschung.“ (LANGE 2008: 19)

<sup>12</sup> „Die Agenda 21 nimmt sich der drängendsten Probleme der heutigen Zeit an und ist zur gleichen Zeit bemüht, die Welt auf die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts vorzubereiten. Sie ist Ausdruck eines globalen Konsenses und einer auf höchster Ebene eingegangenen politischen Verpflichtung [...] Ihre erfolgreiche Umsetzung ist in erster Linie Aufgabe der Regierungen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür sind einzelstaatliche Strategien, Pläne, Maßnahmen und Prozesse.“ (UNCED 1992)

<sup>13</sup> Das erste Programm, das sich in Deutschland auf Fragen der nachhaltigen Entwicklung bezog, war die Förderinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Modellprojekte für nachhaltiges Wirtschaften“ (1997). Ab 1999 stieg die Zahl sozialwissenschaftlicher Untersuchungen unter dem Förderungsschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ (SÖF) sprunghaft an. Seit 2004 besteht die SÖF in dem Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) fort, das sozial-, wirtschafts- und naturwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung bündelt.

Als Konsequenz dieser politischen Beauftragung sind regulative Forschungsansätze in den letzten Jahren überwiegend mit der Frage beschäftigt gewesen, wie das Leitbild nachhaltiger Entwicklung politisch-gesellschaftlich umzusetzen ist. In der Mehrzahl werden diese Versuche jedoch als erfolglos beschrieben: „Bisher ist der Beitrag der Sozialwissenschaften zur Nachhaltigkeitsforschung [...] noch relativ gering [...], sie stehen relativ hilflos vor den praktischen Fragen, die mit der Debatte um die Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung aufgeworfen werden.“ (SCHÄFER 2008: 30) In der Tat lässt sich in der politikwissenschaftlichen Forschung eine immer breiter werdende Skepsis bezüglich der Steuerbarkeit nachhaltiger Entwicklung beobachten (VOSS/BAUKNECHT 2004), die in deutlichem Widerspruch zu den Implikationen der Agenda 21 und den ambitionierten Steuerungsbemühungen der Politik stehen. Die normativen und operativen Leitplanken, innerhalb derer sich die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung in den letzten Jahren bewegt hat, scheinen gegenwärtig immer weiter in die Sackgasse zu führen. Ein Grund dafür liegt in dem beschriebenen politischen Ursprung eines Großteils dieser Forschung, die sich auf der Basis einer von ihr als wünschenswert definierten zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft Erkenntnisse darüber erhofft, mit welchen Instrumenten und Maßnahmen diese Entwicklung zu erreichen ist.

Nachhaltigkeitsforschung ist damit geradezu der Prototyp eines neuen Modus der Wissensproduktion, den NOWOTNY et al. (2004) als „Mode 2“ beschrieben haben. Diese Art der Forschung löst zunehmend die traditionelle disziplinäre Wissenschaft ab, sie ist an konkreten gesellschaftlichen Problemen orientiert und formiert sich an den Schnittstellen von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. An ihr beteiligen sich nicht mehr nur wissenschaftliche Institutionen, sondern eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Akteure, deren Ziel vor allem die Produktion sozial robusten Wissens mit einem verstärkten Markt- oder Gesellschaftsbezug ist. Vor dem Hintergrund der Komplexität und des Anforderungsreichtums des Nachhaltigkeitskonzepts scheint der Übergang von einem „nur“ wissenschaftlich und disziplinär abgesicherten zu einem auch gesellschaftlich und transdisziplinär fundierten Wissen sinnvoll und nützlich. Die Öffnung wissenschaftlicher Forschung für andere Systemeinflüsse und ihre zunehmende Multidisziplinarität sind aber auch ambivalent. Sie führen dazu, dass die Forschung immer weniger akademischen Fragestellungen folgt, sondern zunehmend problemorientiert und darauf bedacht ist, einen möglichst hohen (wirtschaftlich oder politisch) verwertbaren Nutzen zu erzeugen (vgl. LANGE 2008: 23). Besonders deutlich lassen sich diese Tendenzen in der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung beobachten, die bisher vor allem zwei Wissenstypen generiert hat: „Ziel- und Orientierungswissen“ einerseits sowie „Gestaltungs- und Transformationswissen“ andererseits (NÖLTING et al. 2004). Während ersteres auf einer *normativen* Ebene aus dem Bemühen um die Klärung der Ziele nachhalti-



ger Entwicklung resultiert, ist letzteres das Ergebnis der Befassung mit den praktischen Handlungsbedingungen und den daraus abgeleiteten Strategien der Steuerung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auf einer *operativen* Ebene (SCHÄFER 2008). Der Fokus auf diese beiden Wissenstypen ist mitverantwortlich für die Sackgasse, in die sich die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung gegenwärtig zu bewegen droht. Denn mit der enormen inhaltlichen und zeitlichen Komplexität des Nachhaltigkeitskonzepts verbinden sich aus einem wissenschaftlichen – und eben nicht politisch-praktischen – Erkenntnisinteresse vor allem *analytische* Anforderungen, denen die Forschung bislang nicht in ausreichendem Maße begegnet ist. Nachhaltigkeitsforschung muss in der Lage sein, auf einer theoretischen Ebene Natürliches mit Sozialem und Gegenwärtiges mit Zukünftigem zu verknüpfen. Nur so lassen sich die Rahmenbedingungen formulieren, unter denen ökologische, soziale und ökonomische Prozesse überhaupt „nachhaltig“ verlaufen können. Und nur mit „Systemwissen“ lässt sich diese analytische Herausforderung bewältigen (BECKER/JAHN 1999). Dabei soll und kann weder auf Ziel- und Orientierungswissen, noch auf Gestaltungs- und Transformationswissen verzichtet werden. Vielmehr geht es darum, die Grenzen der sie erzeugenden Ansätze zu identifizieren und darauf aufbauend nach Wegen aus der Sackgasse zu suchen. Diese werden nicht zurück, sondern vielmehr „nach oben“, auf eine höhere Abstraktionsebene führen, von der aus alternative Routen besser in den Blick genommen und eingeschlagen werden können.

Die wichtigste Alternative zu den bislang gepflegten Pfaden der Nachhaltigkeitsforschung besteht vor allem in einer (zumindest temporären) Verabschiedung handlungstheoretischer Ansätze. Diese haben sich seit den 1990er Jahren zunehmend mit Kooperations- und Verhandlungsbeziehungen zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren befasst und danach gefragt, welche institutionellen Koordinationsformen in verschiedenen Kontexten am besten geeignet sind. Sie gehen im Gegensatz zu systemtheoretischen Ansätzen davon aus, dass eine intentionale politische Steuerung grundsätzlich möglich ist und suchen nach geeigneten „Governance-Mixen“ zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Tatsache, dass sie Nachhaltigkeit als ein zwar anspruchsvolles, zumeist aber erreichbares Steuerungsziel betrachten, hatte seine Ursache bisher ebenfalls vor allem in der „politischen Beauftragung“ der Nachhaltigkeitsforschung. Diese hat in der Debatte um nachhaltige Entwicklung zu der zentralen Annahme geführt, „[...] dass derzeitige, nicht-nachhaltige gesellschaftliche Entwicklungspfade mithilfe neuer institutioneller Ansätze und Strategien in eine nachhaltige Richtung transformiert werden können“ (BRAND/FÜRST 2002: 17).

Einen besonderen Stellenwert nahmen dabei in der Vergangenheit vor allem solche handlungstheoretischen Ansätze ein, die nach den Möglichkeiten einer „Leitbildsteuerung“ fragen (BROZUS et al. 2003; RENN et al. 2007). BRAND und FÜRST

(2002) unterscheiden im Anschluss an SCHMIDT (2000) drei Möglichkeiten, wie Leitideen eine konstitutive Rolle zukommen kann. Einerseits könnten neue Ideen und Leitbilder wie das der nachhaltigen Entwicklung die normativen Legitimationsmaßstäbe der Gesellschaft verändern und damit soziale Akteure nötigen, sich zumindest scheinbar normgerecht zu verhalten. Andererseits lassen sich Ideen und Leitbilder auch als Filter für politische Entscheidungsprozesse verstehen. Demgemäß würde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung vor allem Orientierung und Entscheidungshilfe bieten. Aus einer konstruktivistischen Perspektive ließe sich zudem argumentieren, dass Ideen und Diskurse die Identität von Akteuren überhaupt erst konstituieren.<sup>14</sup> Zwar erscheint Nachhaltigkeit in allen drei Varianten als eine kontingente Idee gesellschaftlicher Entwicklung, die kaum noch die Möglichkeit rationaler Koordination oder gezielter Planung gesellschaftlichen Strukturwandels erlaubt. Die politischen Ursprünge der Nachhaltigkeitsforschung haben jedoch zu der Überzeugung geführt, dass die aus dieser Kontingenz resultierende „Zufälligkeit und Offenheit der Entwicklung [...] durch ‚Leitbild-Steuerung‘, durch ein über kontextspezifische Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren operationalisiertes Leitbild nachhaltiger Entwicklung in eine bestimmte Richtung gelenkt werden kann.“ (BRAND/FÜRST 2002: 65f.)<sup>15</sup>

Diese Zuversicht ist in jüngster Vergangenheit getrübt worden. Die Leitbildfähigkeit nachhaltiger Entwicklung wird immer häufiger relativiert und in Frage gestellt (LANGE 2000: 55ff., LASS/REUSSWIG 2000). Zwar stoße das Nachhaltigkeitsleitbild gerade wegen seiner Anschlussfähigkeit an zentrale kulturelle Werte und Alltagsmentalitäten auf eine ungemein breite Resonanz, es sei dabei aber zu allgemein und zu wenig konturiert. Weder biete es eindeutige Problemdiagnosen noch klare Handlungsperspektiven (vgl. BRAND/FÜRST 2002: 76). Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung stößt in normativer wie operativer Hinsicht an Grenzen (VOSS et al. 2007, VOSS 2008, 2008a). Seine politische Steuerung wird dabei vor allem durch unsicheres Wissen erschwert. Denn Nachhaltigkeit überschreitet traditionelle Wissensbereiche indem sie sich gleichermaßen auf technologische, gesellschaftliche und ökologische Entwicklungen bezieht und somit miteinander verbundene, nicht-lineare Dynamiken in den Blick nimmt, die kaum vorhersehbar sind. Die Nachhaltigkeitsdebatte ist geradezu das Exerzierfeld der Weltrisikogesellschaft (BECK 2008) geworden. Sie thematisiert die unintendierten Nebeneffekte sozialer Evolution, die

<sup>14</sup> Vor dem Hintergrund eines solchen Verständnisses sind sehr erkenntnisreiche Analysen des Nachhaltigkeitsdiskurses entstanden (Dingler 2003, Tremmel 2003, Schiller 2005).

<sup>15</sup> Brandt/Fürst (2002: 64–66) sprechen in diesem Fall von „dezentraler Leitbildsteuerung“ – wahrscheinlich in Anlehnung an Willkes Konzept der „dezentralen Kontextsteuerung“ (Willke 1983).

zu einer dauerhaften Selbstgefährdung der Gesellschaft führen. Jede Entscheidung, jeder steuernde Eingriff wird prekär. Die Konsequenzen sind nicht mehr überschaubar. Wissen ist nicht mehr nur unsicher, sondern zunehmend auch das Wissen um Nicht-Wissen:

„Leben in der Weltrisikogesellschaft heißt mit unüberwindlichem Nichtwissen leben, genauer: in der Gleichzeitigkeit von Bedrohung und Nichtwissen und den daraus entstehenden politischen, gesellschaftlichen und moralischen Paradoxien. [...] Die Rede von der ‚Wissensgesellschaft‘ ist ein Euphemismus der Ersten Moderne. Wir haben es in der Weltrisikogesellschaft mit einer *Nichtwissensgesellschaft* zu tun: Sie kann nicht – wie die Vormoderne – durch mehr und besseres Wissen, mehr und bessere Wissenschaft überwunden werden, sondern wird gerade umgekehrt durch mehr und bessere Wissenschaft *erzeugt*.“ (BECK 2008: 211 Hervorh. i. Orig.)

Neben diesem Nicht-Wissen ist es vor allem die Ambivalenz der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, die die Bemühungen um deren zielgerichtete politische Steuerung zunehmend utopisch erscheinen lassen. Nachhaltigkeit ist nicht eindeutig definierbar und lässt sich nicht in eine hierarchische Struktur von Bewertungskriterien bringen.<sup>16</sup> Das hängt eng mit dem Problem des unsicheren Wissens zusammen. Denn wenn nachhaltige Entwicklung eine soziale Evolution meint, die langfristig schädliche Nebenfolgen reduzieren oder vermeiden soll, dann sind eindeutige Zielorientierungen zwangsläufig verengend und selektiv. Vielmehr bedarf es einer Vielzahl gleichberechtigter Ziele, die notwendigerweise ambivalent und diffus sind. Was nachhaltig ist, hängt auch und vor allem vom Blickwinkel ab:

„Bewertungskriterien für Nachhaltigkeit unterscheiden sich je nach dem, aus welcher gesellschaftlichen Perspektive sie formuliert werden. Unternehmen definieren Nachhaltig-

---

<sup>16</sup> “In spite of the functional condition at the heart of the concept of sustainable development, however, other problem features [...] impede an ‘objective’ clarification. The fundamental limitations to predicting socio-ecological system development mean that there can be no certain knowledge about the dynamics and thresholds critical to the resilience of societal systems and ecosystems, such as the concentration of greenhouse gases in the atmosphere or the unequal distribution of wealth in societies. It may be possible to determine parameters within which stable system behaviour can be expected with satisfying probability. [...] In practice, however, sustainability assessment almost always deals with parameter values at the fringe of so-called sustainability corridors. For these issues uncertainty is high, thus the evaluation of risk becomes decisive. Risk-assessment, however, is highly value- and world-view dependent. [...] People hold different values. This also means that they evaluate options, they make different decisions. Even if everyone agreed about what is good and what is bad, there would be differences in how certain values are ranked. This is especially relevant for sustainability assessment since equally legitimate goals [...] can only seldom be achieved simultaneously and to the same extent. [...] Value trade-offs are therefore a common characteristic in the daily practice of dealing with sustainability and they effectively feed social disputes about what is sustainable and what is not.” (Vof/Kemp 2006: 15)

Nachhaltige Entwicklung durch Semantik, Governance  
und Management

Zur Selbstregulierung des Wirtschaftssystems zwischen  
Steuerungsillusionen und Moralzumutungen

Melde, Th.

2012, VII, 241 S. 15 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00270-1